

# GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

*Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis*

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

3. JAHRGANG

Mai 1952

HEFT 5

Walter Theimer

## DEUTSCHLAND ZWISCHEN WEST UND OST

Seit hier vor nahezu einem halben Jahr die Grundprobleme der deutschen Außenpolitik dargestellt wurden <sup>1)</sup>, ist zwar nichts geschehen, um diese Probleme einer Lösung im deutschen Sinne näher zu bringen, wohl aber manches, das die Grundfragen und die Stellung der einzelnen Beteiligten zu ihnen präzisiert hat. Es ist daher angebracht, die Lage im Lichte der Entwicklung der letzten Monate wieder zu betrachten. Man weiß heute deutlicher, woran man ist.

Die wichtigsten Tatsachen, die sich aus den Verhandlungen dieses Zeitabschnittes ergeben, sind folgende:

1. Die westlichen Alliierten sind nicht gesonnen, die deutsche militärische Hilfe mit wesentlichen politischen Konzessionen zu bezahlen. Ihre Verträge laufen, auf eine einfache Formel gebracht, darauf hinaus, daß hinter einer veränderten Fassade im großen und ganzen alles beim alten bleibt, die Bundesrepublik jedoch den Alliierten auch noch Truppen stellen muß.

2. Die Bundesregierung zeigte Bereitschaft, diesen Verträgen zuzustimmen. Die Opposition der Sozialdemokratie gegen diese Bereitschaft griff kürzlich auf Teile der Regierungsparteien über.

3. Rußland hat ein souveränes Deutschland mit eigenen Streitkräften, neutralisiert und mit der Oder-Neiße-Grenze, vorgeschlagen.

4. Es ist klar geworden, daß die Alliierten die deutsche Einheit nicht wünschen, jedenfalls nicht *jetzt*.

5. Zumindest Amerika und Frankreich, etwas zögernd aber auch England, haben erklärt, daß sie ein selbständiges und bewaffnetes Deutschland ablehnen — anscheinend für immer.

6. Gegenüber Rußland hat sich so etwas wie eine Forderung nach bedingungsloser Kapitulation vor den Westmächten herausgebildet. Stalin soll Ostdeutschland an den Westen ausliefern. Man deutet an, daß diese Forderung nach weiterer militärischer Erstarkung des Westens auf ganz Osteuropa ausgedehnt werden soll.

Das russische Angebot enthält eine vernünftige Grundidee: den deutschen Puffer zwischen Ost und West zu legen. Der Westen lehnt diese Grundidee ab. Er will den Streit um die Beute von 1945 nicht dadurch beenden, daß das Objekt sich selbst überlassen wird, sondern beharrt darauf, die Osthälfte zu seiner Westhälfte hinzuzubekommen. Gesamtdeutschland als ein Vasallenstaat des Westens ist sein Ziel, soweit er überhaupt die deutsche Einheit ins Auge faßt. Da eine solche Lösung im Augenblick nicht zu erzielen ist, wird diese Einheit, die einem großen Teil des Westens am sich ein unbehaglicher Gedanke ist, gern zurückgestellt.

1) Gewerkschaftliche Monatshefte, Dezember 1951.

Bisher war die russische Haltung zur deutschen Einheit im Grunde die gleiche: Gesamtdeutschland unter russischem Einfluß, letzten Endes im Ostblock „integriert“. Die große Frage ist: Zeigt die russische Note eine Änderung dieser grundsätzlichen Haltung an? Darüber könnte man etwas sagen, wenn man wüßte, *wieviel* militärische Streitkräfte die Sowjetunion dem von ihr vorgeschlagenen Pufferdeutschland zubilligen will. Wenn nur kleine Streitkräfte ins Auge gefaßt werden, ist der Zweck der Note klar; dann ist sie nur eine Variante des alten russischen Vorschlages, daß alle Besatzungstruppen abziehen sollen, um ein militärisches Vakuum in Deutschland zu hinterlassen, in das der Osten bei der nächsten Gelegenheit einmarschiert. Bei Zubilligung ausreichender Verteidigungskräfte, was praktisch vollständige Rüstungsfreiheit bedeutet, wie für Italien und Japan, und ausreichenden Sicherungen für die Zeit des Aufbaues solcher Kräfte, könnte man zu dem Urteil gelangen, daß das russische Angebot ehrlich gemeint ist. Auf den ersten Blick stellt es einen verblüffenden Wandel gegenüber der bisherigen Forderung nach ewiger Entmilitarisierung Deutschlands dar; wie weit dieser Wandel real ist, bleibt eine quantitative Frage. Bei den Westmächten ruft der Gedanke einer eigenen deutschen Wehrmacht immer noch Entsetzen hervor, wobei sie auch deutsche Nachbeter finden. Das Phantom eines deutsch-sowjetischen Bündnisses schreckt sie.

Rußland hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn man sein Angebot mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Die Politik des ewigen *Njet*, die Verschleppung des Österreich-Vertrags und vieles andere an der russischen Politik der letzten Jahre haben den politischen Kredit Moskaus nicht erhöht. Man ist geneigt, in jedem russischen Schritt nur ein Manöver zu sehen. Tatsache ist, daß der russische Vorschlag etwas spät gekommen ist: Ohne die Verhandlungen über die militärische Unterstützung des Westens durch die Bundesrepublik wäre die russische Note nicht abgesandt worden. Zu den politischen Gewohnheiten Stalins, des „weisen Vaters der Völker“, gehört es, das Notwendige zwei Jahre zu spät zu tun. So war es mit der Volksfrontpolitik zur Aufhaltung des Faschismus, mit dem Krieg gegen Hitler; anscheinend soll es in der Frage der deutschen Selbständigkeit ebenso sein. Dieser Staatsmann deckt den Brunnen immer erst zu, wenn das Kind schon hineingefallen ist. Er hat jetzt Angst vor der wachsenden militärischen Stärke des Westens, namentlich wenn die Bundesrepublik diesem ihre Wehrkraft zur Verfügung stellt; deshalb entdeckt er, daß ein deutscher Puffer nützlich wäre. Wenn er das früher entdeckt hätte, hätte es mehr Eindruck gemacht. Wenn in der unmittelbaren Nachkriegszeit, ja schon in Jalta die russische Staatsführung, obwohl Rußland unter der deutschen Wehrmacht am meisten gelitten hatte, den Gedanken eines unabhängigen und ausreichend starken Deutschland als Grundgedanken des Friedensvertrages vorgebracht hätte, dann wäre die moralische Wirkung auch im Westen groß gewesen; das russische Wort hatte damals dort noch Gewicht. Aber zu dieser Zeit zog es Stalin vor, im Trüben des Nationalhasses und der Vernichtungspolitik zu fischen: Die deutschen Ostgebiete erschienen ihm wichtiger als der Flankenschutz, den ein selbständiges Deutschland ihm bei vernünftiger Politik automatisch gewährt hätte. Sieges- und Rachedrunkenheit trübten ihm, wie auch den anderen alliierten Staatsmännern, den politischen Blick. Dabei hatte derselbe Stalin noch im November 1942 gesagt, ein aller Streitkräfte beraubtes Deutschland läge nicht im Interesse des Siegers.

Immerhin verdient der russische Vorschlag eine sorgfältige Prüfung. Die zweite russische Note war nicht viel konkreter als die erste. Die bruske alliierte Antwort auf die erste, von der deutschen Bundesregierung lebhaft unterstützt, war allerdings kein diplomatisches Meisterstück; man konnte kaum weniger guten Willen zeigen. Wenn die Westmächte die russische Politik so gern „demas-

kieren“ wollen., so hat sich diese Taktik im gegebenen Fall als ein Bumerang erwiesen: Es ist den Russen gelungen, die Westmächte zu demaskieren. Es zeigte sich, daß sie zur Zeit überhaupt keine deutsche Einheit wollen; die Stellung von Bedingungen, die für die Russen von vornherein unannehmbar sind, ist gleichbedeutend mit einer Ablehnung der Einheit an sich. Weiter wollen die Westmächte auch für eine spätere Regelung des deutschen Problems den Russen die Bedingungen einfach diktieren; darauf werden ihre Verbündeten aus dem Kriege, die auf so gewaltige Leistungen und Opfer bei der Niederringung Hitlers hinzuweisen haben, verständlicherweise nicht eingehen. Sie fordern ein Mitspracherecht und benutzen die Ostzone als Faustpfand, um es zu erhalten. Der Gedanke der deutschen Selbständigkeit und Mittelstellung zwischen den großen Blöcken hat im deutschen Volke naturgemäß Widerhall gefunden, so sehr sich die Bundesregierung auch beeilt zu versichern, so etwas sei nicht möglich, ein selbständiges Deutschland sei auch nach der Wiedervereinigung nicht existenz- und verteidigungsfähig. Eine überraschende Auffassung von der Kraft eines Landes, zu dessen Besiegung sich zweimal die ganze Welt verbünden mußte und vor dessen militärischem Potential die Welt heute noch zittert, so sehr, daß sogar seine künftigen Verbündeten seine Rüstung in engem Grenzen halten wollen.

Der langsame Notenwechsel über die deutsche Frage wird wohl noch einige Zeit weitergehen; ob dabei viel herauskommt, ist fraglich. Es geht ja nicht um Einzelheiten, sondern um eine grundsätzliche Entscheidung: ein selbständiges Deutschland oder ein „westintegriertes“? Die alliierte Entscheidung ist schon gefallen, und die deutsche Bundesregierung hat sich mit der westlichen Politik identifiziert. Wenn nicht ein Wechsel in der amerikanischen Politik eintritt, so ist nicht recht zu sehen, was sich an dem alliierten Standpunkt ändern soll. England allerdings zeigt Neigung, auf den russischen Grundgedanken einzugehen. Frankreich wiederum interessiert sich insofern für den russischen Vorschlag, als es darin eine Möglichkeit sieht, ein *sehr* schwaches Deutschland, links und rechts flankiert von einer franko-russischen Allianz, an die Stelle eines vielleicht doch eines Tages unbequemen Europa-Partners zu setzen. Beide westeuropäischen Mächte prüfen im stillen den Gedanken, wieweit sich auf Grund der russischen Note eine Möglichkeit ergäbe, zu einer selbständigeren, weniger von Washington abhängigen Politik in Europa zu gelangen als sie bisher gegeben ist. Washington wieder wehrt heftig ab, denn es weiß, daß ihm bei einem Durchdringen der russischen Konzeption mehr Fische davonschwimmen als nur der deutsche Bundesfisch. Ganz Westeuropa würde sich von der amerikanischen Lenkung lösen und „Dritte Kraft“ zu spielen beginnen. Darum Amerikas Drängen auf schnelle Inkraftsetzung der Westverträge mit Deutschland, abgesehen von der Verknüpfung mit den amerikanischen Präsidentenwahlen, die ein merkwürdig bestimmendes Element im der deutschen Politik geworden zu sein scheinen.

Eine formelle Neutralisierung Gesamtdeutschlands wird auch von der deutschen Opposition abgelehnt. Eine Mittelstellung ist nicht identisch mit einem Verbot jeglicher Außenpolitik. Rußland muß sich auch im klaren darüber sein, daß keine echte deutsche Neutralität, in welcher Form immer, möglich ist, wenn die deutschen Ostgebiete nicht zurückgegeben werden. Doch ist es nicht immer möglich, alles auf einmal zu erledigen, und eine angemessene Reihenfolge der Lösung der einzelnen Probleme könnte sich finden lassen. Ohne westliche Hilfe kann Deutschland seine Ostgebiete kaum zurückbekommen; die Frage ist allerdings, ob diese Hilfe sicher ist. In den neuen Verträgen steht nichts davon. Die Alliierten betonen zwar, sie hätten in Potsdam keine Grenzen anerkannt; es berührt aber merkwürdig, daß amerikanische Stellen — siehe die unwiderspro-

dienen Äußerungen des polnischen Exilführers *Mikolajczyk* und die amerikanischen Rundfunksendungen nach Polen — auch den Polen die Oder-Neiße-Grenze versprechen, indes sie den Deutschen gegenüber andeuten, wie sehr sie gegen diese Grenze seien. Der Tag mag dennoch kommen, wo es Stalin leid tut, die verhängnisvolle, die deutsch-russischen Beziehungen blockierende Entscheidung über die deutschen Ostgebiete in Jalta getroffen zu haben; wir sagten schon, daß er notwendige Beschlüsse gern zwei Jahre zu spät faßt.

Hinsichtlich der freien gesamtdeutschen Wahlen bleibt die russische Diplomatie etwas nebelhaft. Will sie sie wirklich? Dann könnte der Westen nicht gut ablehnen. Rußland sähe ein Opfer, eine Vorleistung darin, wenn es jetzt freien Wahlen in der Ostzone zustimmen würde; denn es weiß sehr gut, daß sie mit einer vernichtenden Niederlage der SED enden würden. Die mit dem Westen sympathisierenden, wenn auch nicht notwendigerweise westintegrierten Parteien bekämen die überwältigende Mehrheit. Die russische Position würde geschwächt. Rußland hätte gern erst die Zusicherung politischer Gegenleistungen, ehe es wirklich freien Wahlen zustimmt (falls es überhaupt ernstlich die Absicht hat, solche Wahlen zuzulassen). Der Standpunkt ist bis zu einem gewissen Grade verständlich, aber naturgemäß für die Deutschen kein annehmbares Argument für die Ablehnung freier Wahlen, die eine an sich berechtigte Forderung sind, die nicht an Bedingungen geknüpft werden darf. Rußland wäre gut beraten, hier einmal eine Vorleistung zu machen. Die neue gesamtdeutsche Regierung, deren Stellung in der Übergangszeit noch ein Problem für sich wäre, würde wahrscheinlich mehr zu der Konzeption einer deutschen Mittelstellung neigen als zu der Westintegration. Nicht umsonst warnen amerikanische Blätter schon vor der „Koalition von Sozialisten und Nationalisten“, die dann ans Ruder käme, um eine „anti-amerikanische“ Politik zu treiben — ein Grund mehr für Washington, die deutsche Einheit aufs Eis zu legen.

Die Opposition verlangt, die Verträge mit dem Westen zurückzustellen, bis die Möglichkeit geklärt ist, auf Grund der russischen Vorschläge, wenn auch unter wesentlicher Modifizierung derselben, zu deutscher Einheit zu gelangen. Sie sieht in den Westverträgen eine Vertiefung der Teilung Deutschlands. Demgegenüber sagt die Bundesregierung, von einer Position der Stärke des Westens aus, wie sie durch die Verträge erreicht würde, ließe sich günstiger mit den Russen verhandeln. Beide Standpunkte enthalten einen richtigen Kern. Die Regierung teilt leider nicht mit, *wer* von der Position der Stärke aus mit den Russen verhandeln wird, und *worüber* verhandelt werden wird. Der Generalvertrag verbietet uns ausdrücklich die direkte Verhandlung mit Rußland; wir werden höchstens „konsultiert“, im übrigen werden die Westmächte verhandeln. Sie werden naturgemäß ihre eigenen Interessen vor die deutschen stellen; die absolute Identität der beiden, die jetzt so oft behauptet wird, besteht leider nicht. Die Alliierten rasseln mit dem deutschen Säbel, der allerdings erst geschmiedet werden muß; der Träger des Säbels darf laut Vertrag nicht hineinreden. Den Säbel wollen die Alliierten außerdem so klein wie möglich halten, womit sie ihren eigenen Zwecken zuwiderhandeln. Wir sehen das merkwürdige Schauspiel, daß man einen Verbündeten sucht, ihn aber gleichzeitig möglichst schwach halten will. Die alliierte Position hat im deutschen Abschnitt innere Risse, die dem Auge Moskaus nicht entgehen werden. Wenn man die Erklärungen der jüngsten Zeit richtig versteht, geht der Zweck der sog. Verteidigungsgemeinschaft über die bloße Verteidigung hinaus. Man will die Russen aus ganz Osteuropa „hinausdrohen“, sobald man stark genug geworden ist. Sie sollen den Beuteanteil von Jalta herausgeben. Dort hatten sie freie Wahlen und einvernehmliches Vorgehen mit ihren Alliierten in bezug auf die Oststaaten ver-

sprochen. Die Alliierten markieren Überraschung darüber, daß die Russen ihr Wort nicht hielten; in Wirklichkeit mußte ihnen in Jalta klar sein, daß es sich um die Teilung Europas handelte und die Russen in ihrer Sphäre absolut herrschen würden. Der Grundgedanke der alliierten Politik, nämlich Deutschland als selbständige Macht auszuschalten, mußte dieses Übergewicht Rußlands automatisch zur Folge haben. Jetzt soll der Fehler mit militärischen Druck- oder Machtmitteln korrigiert werden. Die alliierte Politik jagt zwei Hasen gleichzeitig; Rußland soll zurückgedrängt, im Notfall geschlagen werden, Deutschland aber zugleich dauernd niedergehalten werden. Deutschland soll den Alliierten Hilfe gewähren, ohne bei dieser Gelegenheit wieder zur Macht emporzusteigen. Die Widersprüche dieser Politik sind deutlich genug, um die verhältnismäßige Stärke der deutschen Position aufzuzeigen. Ohne ein williges Mitspielen des deutschen Partners könnten die Alliierten diese Politik nicht durchführen. Die Opposition macht der Bundesregierung den Vorwurf, die Möglichkeiten der deutschen Position nicht auszunützen, sondern die deutsche Trumpfkarte wegzuschenken.

Daß man die russischen Vorschläge weiterverfolgen muß, liegt auf der Hand; ihr bloßes Bestehen ist ein wichtiges politisches Faktum. Neben der einseitig westlichen Konzeption drängt hier eine zweite in den Vordergrund, die nicht notwendig eine östliche sein muß. Sie enthält einen Kern, der einer *deutschen* Außenpolitik entspräche; eine solche wollen die Alliierten aber unbedingt verhindern. Schon das ist ein Grund, den neuen Westverträgen mit Skepsis zu begegnen. Sollte sich allerdings herausstellen, daß der russische Vorschlag nicht ehrlich gemeint ist oder auf unannehmbare Bedingungen reduziert wird, so bliebe auch auf deutscher Seite nichts übrig, als die Politik des Bündnisses mit dem Westen zu verfolgen.

Eines Bündnisses, nicht eines Vasallenverhältnisses. Die gegenwärtigen Verträge laufen auf das letztere hinaus, nicht auf das erstere. In den Hauptklauseln wird von Gleichberechtigung gesprochen, in Nebenklauseln und Zusatzverträgen wird sie wieder aufgehoben. Von einem politischen Mitbestimmungsrecht Deutschlands ist keine Rede. Die Alliierten versprechen ihm weder seine Einheit noch seine Freiheit noch seine früheren Grenzen. Es soll mitmarschieren, das weitere wird sich finden. Die Politik des „Hinausdrohens“ der Russen kann leicht zum Kriege führen; gesetzt den Fall, er wird gewonnen, was erhält Deutschland für seine Hilfe? Der Krieg wird zunächst so aussehen, daß die Alliierten, wenn nicht formell, so doch de facto die oberste Gewalt in Deutschland wieder übernehmen. Jedenfalls werden sie regieren und das Vorbringen deutscher Forderungen als eine Art Hochverrat oder Kriegssabotage betrachten. Ist der Krieg gewonnen — man wird die deutschen Opfer dabei nicht eben klein zu halten bestrebt sein —, so muß Deutschland sich mit dem begnügen, was man ihm zuweist, und wäre es die Oder-Neiße-Grenze. Vermutlich wird es in irgendeiner, wahrscheinlich weiter ungleichen „Gemeinschaft“ verbleiben müssen, mit fremden „Gemeinschafts“truppen im Land; ein Vorwand wird sich finden. Pariert es nicht — was kann es tun? Alliierte Truppen in West und Ost, auch an allen beherrschenden Punkten im eigenen Land, die deutschen Truppen überall in gemischten Verbänden. Ein Versuch zum Widerstand würde zum Schicksal Bulgariens nach dem ersten Balkankrieg und zu noch Ärgerem führen.

Ein wirkliches Bündnis müßte beträchtlich anders aussehen. Man kann es den Alliierten eigentlich nicht verübeln, daß sie die deutschen Hilfstruppen politisch so billig wie möglich, praktisch umsonst, bekommen wollen; ihre energische Diplomatie hat da anscheinend erfolgreich gearbeitet. Worüber die Historiker einmal staunen würden, das wäre die Tatsache, daß ein deutsches Parlament diese unwürdigen Verträge angenommen hat.